

1 **Ar-13**

2 **Antragsteller: UB Steinfurt**

3

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Sitzungs- und Beschlussformen für Betriebs- / Personalräte**

7

8  
9 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine  
10 Regelungsinitiative zu erarbeiten und durchzusetzen,  
11 wonach in begründeten Ausnahmesituationen eine  
12 Alternative zu Präsenzsitzungen für Betriebs- und  
13 Personalräte im Betriebsverfassungsgesetz verankert  
14 wird.

15

16 **Begründung**

17 Gemäß den derzeit geltenden gesetzlichen Bestimmun-  
18 gen des Betriebsverfassungsgesetzes sind zwingend  
19 Präsenzsitzungen von Betriebs- oder Personalräten  
20 durchzuführen, um rechtsgültige Beschlüsse fassen zu  
21 können.

22

23 Auch wenn angesichts der bekannten Problemlage des  
24 Jahres 2020 stets betont wurde, dass Regelungen flexi-  
25 bel gehandhabt werden und alle Seiten aufeinander zu-  
26 gehen müssten, mussten sich Gewerkschaften vielfach  
27 mit Unternehmern bzw. Vertretern von Unternehmen  
28 auseinandersetzen. Diese wollten häufig die Beschlüs-  
29 se der Betriebsräte, die vor dem Hintergrund der Pan-  
30 demielage in Videokonferenzen gefasst wurden, nicht  
31 anerkennen, da dies den derzeit geltenden Regelun-  
32 gen des BetrVG nicht buchstäblich entsprach bzw. ent-  
33 spricht.

34

35 Da derzeit und ggf. auch in Zukunft immer wieder Si-  
36 tuationen auftreten können, in denen Betriebs- und Per-  
37 sonalräte keine Präsenzsitzungen durchführen können,  
38 muss hierzu eine gesetzliche Ausnahme als Alternativ-  
39 möglichkeit geschaffen werden. Ob dies im Wege einer  
40 elektronischen Kommunikation von Beschlüssen oder  
41 auch einer protokollierten Videokonferenz et. al. erfolgt,  
42 obliegt dem Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens. Die-  
43 ser Punkt wurde aus einem umfangreichen Gespräch  
44 mit einem Vertreter der NGG heraus als anstrebenswer-  
45 tes Ziel entwickelt.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme und Überweisung an SPD-  
Bundestagsfraktion